

und Stasi hat alle Skeptiker der Zusammenarbeit nur bestätigt.

Bisky: Das bedaure ich außerordentlich. Denn Herr Platzeck hat eine mutige These aufgestellt und eine positive Antwort verdient. Ich glaube, dass es an der Zeit und im Interesse künftiger Generationen ist, sich neu zu verständigen. Ob der Begriff Versöhnung dabei der geeignete ist, weiß ich nicht.

SPiegel: Welchen Schritt muss Ihre Partei in solch einem Prozess machen?

Bisky: Wir müssen ausdrücklich historische Fehler eingestehen, etwa die Unterwerfung der Sozialdemokratie in der DDR. Klar sein muss auch, dass das Wort Sozialdemokratie oder Sozialdemokratismus nie wieder als Verratsvorwurf daherkommen darf. Vielleicht gibt es ja auch die Chance, über gemeinsame Wurzeln zu reden.

SPiegel: Woran denken Sie?

Bisky: Vielleicht gibt es eine Figur, an der sich niemand stößt. Rosa Luxemburg vereinigt die positiven Traditionen beider Parteien. Sowohl die soziale Frage als auch die individuelle Freiheit waren bei ihr miteinander versöhnt. Das ist das Große dieser sozialdemokratischen Kommunistin, die ja Sozialismus ohne Freiheit gar nicht denken wollte. Wenn wir – Sozialisten und Sozialdemokraten – uns darauf verständigen würden, dass wir die soziale Frage und die individuellen Freiheiten nicht gegeneinanderstellen, sondern zusammendenken, dann wären wir historisch einen Schritt weiter.

SPiegel: Viele Ihrer Mitstreiter reden ganz anders über die Sozialdemokratie. Die hat es mit Genußgenug erfüllt, dass die SPD bei der Bundestagswahl so verlor.

Bisky: Mich überhaupt nicht. Eine schwache Linke ist eine schwache Linke, auch mit einer starken Partei Die Linke.

SPiegel: Lafontaine hat sich mehr auf die SPD eingeschossen als auf Angela Merkel.

Bisky: Sie unterschätzen Lafontaine. Wer die Politik im Lande hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit verändern will, muss sich selbstverständlich mit der SPD auseinandersetzen. Ihr Schwenk zum Neoliberalismus hat doch die sozialen Verwerfungen erst möglich gemacht. Aber ich sehe sie nicht als Hauptgegner, sondern als einen Konkurrenten. Wir holen wenig Stimmen bei der SPD. Wir schöpfen vor allem bei den Nichtwählern, bei den Politikverdrossenen, bei denen, die vielleicht einen etwas anderen Ansatz in der Politik haben.

SPiegel: Aber die Renegaten, die zu Ihnen gekommen sind, haben doch vor allem ihre früheren Truppenteile im Visier.

Bisky: Ich spreche hier für mich. Und ich sage: Unser Hauptgegner sind die Neoliberalen bei den Konservativen. Eine politische Wende wird nicht dadurch erreicht, dass wir auf über 50 Prozent kommen. Wir

brauchen ein rot-rotes oder rot-rot-grünes Projekt.

SPiegel: Was ist denn Ihre Erklärung dafür, dass die Linken so sehr auf dem Rückzug in Europa sind, mitten in der Wirtschaftskrise?

Bisky: Weil sie sich spalten. So haben wir immer mehr linke Parteien, immer mehr linke Organisationen und Initiativen und einen immer geringeren Einfluss. Wenn der Genosse Spaltpilz nicht besiegt wird und wir immer noch den anderen Linken prügeln, wird der Einfluss der Linken weiter zurückgehen. In Europa versuche ich, Linke verschiedener Prägung zusammenzubringen. Wir müssen die Gemeinsamkeiten suchen. Wenn das nicht gelingt, dann wird die Linke weg sein.

SPiegel: Und wann ist in Deutschland die Zeit reif für einen Zusammenschluss von SPD und Linken?

Bisky: So schnell nicht. Da bin ich skeptisch. Das ist vielleicht ein Projekt der nächsten Generation. Die Geschichte hat zu viele Narben hinterlassen. Es hat zu lange Feindbilder gegeben. Aber die Jüngeren sind ver-



Bisky, SPiegel-Redakteure*

„Ich habe mich so oft geirrt im Leben“

nünftig genug, die werden sagen: Lasst die Alten doch dackeln, wir machen unser Zeug. Das finde ich auch in Ordnung.

SPiegel: Die SPD bewegt sich ja zurzeit etwas auf die Linke zu. Gabriel hat bei Rente und Hartz IV Änderungen angedeutet. Wo könnte sich denn die Linke bewegen?

Bisky: In Europa sind wir ja in einigen Fragen nicht so weit auseinander, wie es scheint. Wir sind kritisch gegenüber dem Lissabon-Vertrag geblieben, und die Kritikpunkte bleiben auch erhalten. Aber nun gilt er. Und ab sofort werden auch wir auf die positiven Seiten, die ich immer genannt haben, verweisen.

SPiegel: Vor 20 Jahren, am 16. Dezember 1989, wurde aus der SED die SED-PDS. Machen Sie eine große Jubiläumsparty?

Bisky: Wir würdigen 20 Jahre PDS- und fünf Jahre WASG-Gründung, beides gehört zu unseren Wurzeln. Es ist eine Gelegenheit, kritisch zu reflektieren, aber auch jenen zu danken, die beschimpft, bedrängt für die Partei gearbeitet haben, viele Jahre. Eine Jubelfeier gibt es nicht.

SPiegel: Herr Bisky, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

BRANDENBURG

Verabredetes Schweigen

Matthias Platzecks Versöhnungsversuch mit den SED-Erben ist gescheitert – weil SPD und Linkspartei die Stasi-Vergangenheit nicht aufgearbeitet haben.

Matthias Platzeck, 55, ist bekannt für seinen forschenden Schritt, seinen beherzten Händedruck, sein freundliches Lächeln. Am vergangenen Freitag ist davon nichts zu spüren. Langsamer als sonst schreitet er ans Rednerpult im Potsdamer Landtag. Er spricht von einer „Krise“, von einem „Vertrauensbruch“, er fordert „Offenheit, Klarheit und Transparenz“. Die letzten Tage haben Spuren hinterlassen. Man sieht ihm die Enttäuschung an.

Sozialdemokrat Platzeck ist seit 2002 Ministerpräsident. Er will eigentlich „ein modernes Brandenburg“ schaffen, sein „Ländchen voranbringen“, wie er oft sagt. Aber die Vergangenheit hat sein Land und ihn selbst eingeholt. Es scheint paradox: Platzeck, ein Mann, den die Stasi ins Visier genommen hatte, muss Auskunft geben, wie er es mit der Stasi hält.

Sein rot-rotes Bündnis ist das erste in der Republik, in dem es gleich mehrere frühere inoffizielle Stasi-Zuträger in der Führung gibt. Platzeck wusste davon, aber er setzte auf die Bußfertigkeit der Linken-Politiker. Und er wollte Geschichte schreiben: „Zwei Jahrzehnte nach dem revolutionären Umbruch in der DDR müssen wir endlich anfangen, es mit dem überfälligen Prozess der Versöhnung ernst zu meinen.“ So begründete er in einem Essay im SPiegel die Koalition. Er stellte die Moral in den Dienst seiner Machtoption. Nun werden diese Sätze zum Bumerang.

Denn schwere Versäumnisse bei der Aufarbeitung der SED-Vergangenheit haben nicht nur die Linken zu verantworten. Für jene „Klarheit und Transparenz“, die Platzeck nun einfordert, hat auch die Landes-SPD wenig getan.

Kaum ein Tag seiner neuen Regierung ist ohne Stasi-Enthüllung vergangen. Die Vizepräsidentin des Landtags, Gerlinde Stobrawa, trat zurück, die Abgeordnete Renate Adolph legte ihr Mandat nieder, Gerd-Rüdiger Hoffmann verließ die Fraktion. Ein weiterer Abgeordneter diente drei Jahre beim Stasi-Wachregiment, gespitzelt hat er jedoch nicht.

Das alte, neue Stasi-Gift zeigt Wirkung. Die Linken hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht, sagen Sozialdemokraten. Linke wiederum erklären, sie hätten frühzeitig

* Frank Hornig und Stefan Berg in Berlin.



NESTOR BACHMANN / DPA

Sozialdemokrat Platzek: *Die Moral in den Dienst einer Machtoption gestellt*

mit Sozialdemokraten über Stasi-Fälle gesprochen. Platzeks Leute aber hätten sich dafür kaum interessiert. Linke lassen dann gern beiläufig den Namen eines prominenten Sozialdemokraten fallen: Manfred Stolpe, registriert als IM „Sekretär“, erster SPD-Ministerpräsident in Potsdam, bis heute Ehrenvorsitzender der brandenburgischen SPD.

Es sind tatsächlich die Sünden der Ära Stolpe, die nun Platzek zum Verhängnis wurden, es ist die Geschichte eines verabredeten Schweigens, die Linke und SPD gemeinsam zu verantworten haben.

1990 wurde der frühere Kirchenjurist Stolpe SPD-Ministerpräsident einer Ampelkoalition. Am Kabinetttisch saßen damals fürs Bündnis 90 auch Matthias Platzek und Marianne Birthler, heute Chefin der Stasi-Akten-Behörde. Weil Stolpe nur zaudernd seine früheren Stasi-Kontakte einräumte, trat Birthler 1992 aus Protest zurück. Platzek sagte damals Sätze, die heute einen neuen Klang bekommen: „Vergangenheitsaufarbeitung ist eine existentielle Frage für die Zukunft der Demokratie, des Landes und unseres Umgangs miteinander. Sie jetzt aus Opportunitätsgründen einfach abubrechen kann schlimme Folgen haben.“ Eine „klare und offene Sprache hätte dem Land viele Irritationen erspart“, erklärte er mit Blick auf Stolpe – und blieb dennoch in dessen Regierung.

Um Stolpes Stasi-Kontakte zu überprüfen, wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Aber zur politischen Rettung des Ministerpräsidenten schlossen PDS und SPD eine Art Nichtangriffspakt. Die PDS entlastete Stolpe vom Stasi-Vorwurf – die SPD revançierte sich mit genereller

Milde gegenüber Stasi-Verstrickten. Gemeinsam plädierten die Genossen für eine Aufarbeitung „mit menschlichem Maß“. Auch die CDU unterstützte diesen Kurs, angeführt von Peter-Michael Diestel, dem letzten DDR-Innenminister.

Was „menschliches Maß“ bedeutete, wurde schnell klar: Es wurde ein Mantel des Schweigens ausbreitet. 1991 wurden die Landtagsabgeordneten letztmalig überprüft. Als einziges der neuen Bundesländer erhielt Brandenburg keinen Stasi-Beauftragten, der die Opfer der SED-Diktatur betreuen konnte. Das Land wurde zur „kleinen DDR“, wie Stolpe erklärte, zur Wiege der DDR-Nostalgie.

Zahlreiche Unterlagen illustrieren, wie PDS-Politiker damals mit dem Thema Stasi umgingen; jene Drucksache etwa, die der damalige Fraktionschef Lothar Bisky in den Landtag einbrachte: „Der Landtag bildet eine Beschwerdestelle für Mitarbeiter bzw. ehemalige Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die infolge vermuteter bzw. nachgewiesener Arbeit für das MfS der DDR aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden sind.“ Gedacht war also an eine

Art staatlichen Kummerkasten, nicht für Opfer der DDR, sondern für echte oder mutmaßliche Täter. In der Begründung wird „willkürliches Vorgehen“ bei den Stasi-Überprüfungen beklagt.

Die Beschwerdestelle kam nicht, aber PDS und SPD waren sich bald einig, das leidige Stasi-Thema aus der Welt zu schaffen. Im Januar 1995 stellte SPD-Fraktionschef Wolfgang Birthler einen entsprechenden Antrag. Er unterschied sich nur minimal von einem Vorschlag der PDS. Als erstes Bundesland stellte Brandenburg daraufhin die generelle Überprüfung im Öffentlichen Dienst ein.

Auch das Aufklärungsbedürfnis bei den Landtagsabgeordneten selbst erlahmte rasch. 1995 wurde der Landtagspräsident zwar beauftragt, „eine Überprüfung der Abgeordneten, die es wünschen, zu beantragen“. Einen solchen Antrag hat der Präsident – der SPD-Politiker Herbert Knoblich – aber nie gestellt. In einem Vermerk aus dem Landtag heißt es dazu lakonisch: „kein Bedarf“.

Endgültig wurde dann vor zehn Jahren der Schlussstrich unter die Überprüfungen im Landtag gezogen. Im Protokoll der Präsidiumssitzung vom 27. Oktober 1999 zur „Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit“ heißt es dazu: „Präsident Dr. Knoblich erläutert, dass niemand zu einer Überprüfung verpflichtet werden könne. Zu Beginn der 2. Wahlperiode sei diese in Anbetracht dessen, dass eine Reihe von neuen Abgeordneten in den Landtag eingezogen sei, jedem Einzelnen anheimgestellt worden. Abgeordneter Klein (SPD) erklärt, dass die SPD-Fraktion in der 3. Legislaturperiode – 10 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit – keinen Wert auf die Überprüfung lege.“

Knapp ein Jahr später wurde Platzek Landeschef der SPD, Stolpe überließ ihm 2002 das Amt des Ministerpräsidenten. Platzek hat seinen Vorgänger bis zuletzt in Schutz genommen. Er wollte Stolpes Erbe überwinden, ohne mit ihm zu brechen. Platzek selbst hat die Stasi nie verharmlost. Aber am Umgang mit der DDR-Vergangenheit änderte sich nichts. Dass die Überprüfungen im Landtag ausblieben, erklärte er nun, sei ein Fehler gewesen.

Und der Stasi-Beauftragte? Im Januar dieses Jahres begegneten sich die früheren Kabinettsmitglieder Platzek und Marianne Birthler wieder; sie eröffneten in Potsdam eine Ausstellung über die Methoden des DDR-Geheimdienstes. Birthler nutzte die Gunst der Stunde – und erinnerte daran, dass Brandenburg noch immer keinen Beauftragten habe. Platzek sagte Änderung zu, etwas unkonkret, aber immerhin.

Die rot-rote Koalition hat die Berufung eines Beauftragten nun fest versprochen. Kompetenz in Sachen Stasi hat sie ja bereits nachgewiesen.

STEFAN BERG

Belastete Abgeordnete



Adolph



Hoffmann



Stobrawa

FOTOS: DIE LINKE / DDP